

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Beigeordneter GB 1

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Horst Heinzel CDU/ANW entschuldigt
Herr Carsten Linke DIE aNDERE entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis nicht teilgenommen

Schriftführer/in:

Frau Petra Deneke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung vom 17.12.2014

- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Beschlussvorlagen

- 4.1.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2015/2016
Vorlage: 14/SVV/1088
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ausschüsse und OBR

- 4.1.2 Zukunftsprogramm 2019
Vorlage: 14/SVV/1090
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
alle Ausschüsse und OBR

- 4.1.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: 14/SVV/1045
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
alle Ausschüsse und OBR
- 4.1.4 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt
Vorlage: 14/SVV/1044
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
KOUL, SBV, HA, OBR
- 4.1.5 "Nette Toilette"
Vorlage: 14/SVV/0928
Fraktion DIE LINKE
HA
- 4.1.6 Atelierprogramm
Vorlage: 14/SVV/1052
Fraktion DIE LINKE
KW, HA
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung zur 4. Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung vom 17.12.2014

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Ausschussmitgliedern bzw. stellvertretende Mitglieder des Finanzausschusses anwesend.

Die Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 19.11.2014 wird **bestätigt**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Herr Heuer fragt nach Änderungswünschen oder Anmerkungen zur Tagesordnung. Es gibt keine weiteren Ergänzungen. Die Ausschussmitglieder

stimmen der **Tagesordnung einstimmig zu.**

zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner informiert über den Bericht zum Stand des Haushaltsvollzuges per 30.09.2014 mit der Prognose zum 31.12.2014.

Im Plan 2014 wurde von einem Fehlbetrag in Höhe von -12 Mio. Euro ausgegangen. Derzeit geht man im ordentlichen Ergebnis von einem Fehlbetrag in Höhe von -2,1 Mio. Euro aus. Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses verringert sich der Fehlbetrag in der Prognose zum 31.12.2014 auf -950.000 Euro. Es ist jedoch festzuhalten, dass in der Prognose noch keine Jahresabschlussbuchungen wie Rückstellungen berücksichtigt wurden. Somit ist der prognostizierte Gesamtfehlbetrag mit Vorsicht zu genießen. Die Prognosewerte sind anhand der Zuarbeiten der einzelnen Fachbereiche ermittelt worden.

Bei den wichtigsten Ertragsquellen werden Verbesserungen bei der Grundsteuer (Anhebung des Hebesatzes, welches im Jahr 2012 noch nicht absehbar war) und der Einkommenssteuer prognostiziert. Somit ergibt sich eine leichte Gesamtverbesserung von 0,82 %.

Bezogen auf die einzelnen Geschäftsbereiche sticht der GB 3 – Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung mit einer Verbesserung von 8 Mio. Euro hervor. Dieses ist unter anderem auf die sinkenden Fallzahlen bei den Arbeitssuchenden zurückzuführen sowie Mehrerträge in der Kita-Finanzierung. Aufgrund der Verfassungsklage zur Kita-Finanzierung und der Erstattung zu viel gezahlter Zuschüsse durch freie Träger konnten mehr Erträge generiert werden.

Herr Kaminski fragt nach, ob die zurückzuzahlenden Gelder der freien Träger auch tatsächlich fließen.

Herr Exner erwidert, dass es sowohl solche als auch solche Fälle gibt.

Frau Müller möchte wissen, ob es sich bei den Rückforderungen um die „richtigen“ Zahlen handelt.

Ob Zuschüsse richtig verwendet werden, wird ständig geprüft. Sollten pauschalisierte Betriebskostenzahlungen an die freien Träger stattfinden, werden zu viel gezahlte Gelder, laut Herrn Exner, zurückgezahlt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Beschlussvorlagen

zu 4.1.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016

Vorlage: 14/SVV/1088

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ausschüsse und OBR

Herr Exner erläutert kurz die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016.

Der Doppelhaushalt enthält die Haushaltssatzung Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt. Im Haushaltsplan werden die Ansätze für

die Erträge, Einzahlungen, Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für jedes der beiden Haushaltsjahre getrennt veranschlagt.

Er erläutert, dass die investiven Schlüsselzuweisungen der LHP im Vergleich der Jahre 2012 und 2019 um rund 10 Mio. Euro sinken.

Diese Differenz zeigt deutlich, dass ein Umdenken für die finanzielle Zukunft Potsdams erforderlich wurde. So hat die LHP ihren Fokus nicht mehr nur auf den gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsausgleich, sondern vielmehr die Anforderung, aus der laufenden Verwaltungstätigkeit kassenwirksame Überschüsse zu erwirtschaften, welche zur Finanzierung von Investitionen genutzt werden können. Potsdam hat einen investitionsorientierten Haushalt. Somit kann Potsdam in die Lage versetzt werden aus eigener Kraft zu investieren und verbessert seine Situation im kommunalaufsichtlichen Genehmigungsverfahren.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 wurden folgende Herausforderungen berücksichtigt:

1. KIS-Wirtschaftsplan 2015 / Fortsetzung Umsetzung Schulentwicklungspaket
2. Investitionspaket Verkehrsinfrastruktur
3. Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen
4. Verwaltungscampus
5. Luftschiffhafen
6. u.v.m.: Kita-Finanzierung

Investitionspaket Verkehrsinfrastruktur

Aufgrund der guten Entwicklung Potsdams muss die Verkehrsinfrastruktur mit dem öffentlichen Personennahverkehr als weitere Herausforderung betrachtet werden. Es muss modernisiert, saniert und erweitert werden. Dabei beträgt das Investitionsvolumen bis 2019 rund 50 Mio. Euro. Die in Aussicht gestellten Schlüsselzuweisungen vom Land für das Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 13,6 Mio. Euro sollen nach dem Haushaltsentwurf zur Senkung dieses Kreditbedarfes verwendet werden, so dass die jährlichen zusätzlichen Refinanzierungsbelastungen der LHP für den ÖPNV entsprechend verringert werden können.

Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Die Landeshauptstadt Potsdam hat entsprechend der Vorgaben des MASF unter Bezug auf das Landesaufnahmegesetz eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen aufzunehmen.

Infolgedessen müssen Gelder für diese aus dem kommunalen Haushalt bereitgestellt werden.

Verwaltungscampus

Der Gesamtanierungsbedarf des Verwaltungscampus liegt bei 30 Mio. Euro, wobei 10 Mio. Euro aus Eigenmitteln gedeckt werden sollen.

Luftschiffhafen

Für die Instandhaltung werden im Haushaltsjahr 2015 zusätzliche Mittel in Höhe von 4,5 Mio. Euro benötigt. Zusätzlich entstehen Mehrbedarfe u.a. für Wohnheim, Bewirtschaftung Sportstätte etc. in Höhe von 1 Mio. Euro je Jahr.

Alles in allem ergibt sich u.a. durch die oben genannten Herausforderungen sowie der Umsetzung des „Schulentwicklungsplanes 2014-2020“ eine Belastung in Höhe von 16 Mio. Euro bis zum Jahr 2019.

Im Doppelhaushalt wurden alle Punkte berücksichtigt, so dass das Ziel einen ausgeglichenen Haushalt und aus eigener Kraft zu investieren ab 2017 mit einem leichtem Plus von 0,4 Mio. Euro erreicht werden könnte.

Herr Boede fragt nach, warum die Volkshochschule für Flüchtlinge nicht umgebaut wurde um den Haushalt zu entlasten. Er meint, dass dieses die günstigere Lösung zur Unterbringung gewesen wäre als Container zu kaufen und aufzustellen.

Herr Richter erwidert, dass die Volkshochschule für 2 Mio. Euro verkauft werden konnte. Die Kosten für den Umbau wären deutlich höher, als die Container Lösung. Mit dem Erlös des Kaufvertrages könnten 3 Asylbewerberstandorte finanziert werden.

Nach einer Diskussion, ob die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen günstiger sei als ein Umbau der Volkshochschule, wird beschlossen, dass die Verwaltung eine Übersicht der

Einnahmen
Ausgaben

für Flüchtlinge zu erstellen hat. Darin soll unter anderem die Bundesmittel Berücksichtigung finden.

Herr Exner schlägt vor, dass am nächsten Finanzausschuss (14.01.2015) ein Mitglied des GB 3 zu dieser Thematik anwesend sein könnte.

Herr Heuer lässt für den nächsten Finanzausschuss einen Tagesordnungspunkt zur Flüchtlingskosten in Potsdam per Selbstbefassungsrecht erstellen.

Antrag wird zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

zu 4.1.2 Zukunftsprogramm 2019

Vorlage: 14/SVV/1090

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
alle Ausschüsse und OBR

Herr Exner erläutert anhand einer Präsentation das „Zukunftsprogramm 2019“. Insgesamt wurden 42 Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, von denen 24 Maßnahmen quantifiziert wurden. Dies könnte eine Verbesserung bis zum Jahr 2019 in Höhe von rund 8,5 Mio. Euro ergeben. 14 Maßnahmen wurden bereits im Entwurf des Doppelhaushaltes 2015/2016 berücksichtigt. Somit kann bei Beschluss eine Verbesserung von bis zu 6,4 Mio. Euro bis 2019 erreicht werden.

Herr Wellmann fragt nach der Maßnahme GB3-01 „Sozialverträgliche Überarbeitung der Elternbeitragsordnung“. Wie erklärt sich der Anstieg von 2015 zu 2016?

Herr Exner erwidert, dass es sich in dem Jahr 2015 um einen Teiljahresbetrag handelt.

Herr Boede sieht in dem Maßnahmenkatalog einen Zielkonflikt. Die städtischen Unternehmen müssen zur Finanzierung des SEP Abgaben leisten. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass diese auch Tarifanpassungen haben. Somit kann die Höhe der Abgaben nicht beziffert werden.

Herr Exner stimmt dem Zielkonflikt insoweit zu, dass natürlich nicht alle Ziele erreicht werden können. Die städtischen Unternehmen sollen nicht nur Gewinne ausschütten um zu unterstützen, sondern auch Maßnahmen und/oder Aufgaben übernehmen.

Herr Boede fragt nach, ob das Klinikum Ernst von Bergmann nach dem üblichen Tarif zahlt.

Herr Exner erklärt, dass es sich dabei um eine Hausreglung handelt, die verhandelt wurde und er zu den Höhen nichts sagen könne. Er gehe aber von einer fairen Bezahlung aus.

Antrag wird zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Zukunftsprogramm 2019 wird mit den Maßnahmen, die bereits im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind, umgesetzt. (Anlage, Tabelle 1)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die weitere Umsetzung der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, die noch nicht im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind (Anlage, Tabelle 2) vorzubereiten. Soweit die Stadtverordnetenversammlung zuständig ist, sind entsprechende Beschlussvorlagen vorzulegen.

Hinsichtlich der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, zu denen derzeit ein Haushaltseffekt nicht quantifiziert ist (Anlage, Tabelle 3), wird der Oberbürgermeister mit der weiteren Prüfung und Umsetzung beauftragt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weitere Maßnahmevorschläge aus der gemeinsamen Klausur mit den Fraktionen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit zu prüfen:

- Die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Hebesatzpunkte (2,2%);
- Die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer;
- Allgemeine Regelung zur Dynamisierung bei Gebührensatzungen und Entgeltordnungen der Landeshauptstadt Potsdam;
- Keine Fortsetzung der finanziellen Beteiligung der LHP am Unterhaltungsaufwand der SPSG (13/SVV/0283) über den Vertragszeitraum hinaus
- Variante zum Maßnahmevorschlag GB 1-10 (Nutzungsverantwortung Vereine)

Die Stadtverordnetenversammlung wird über den Prüf- und Umsetzungsstand des Zukunftsprogramms 2019 jährlich informiert.

zu 4.1.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015 Vorlage: 14/SVV/1045

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
alle Ausschüsse und OBR

Herr Richter erläutert anhand einer Präsentation den Wirtschaftsplan des KIS. Er legt dar, dass Investitionen aus 2014 weiter fortgeführt werden, wie z.B. der Schulentwicklungsplan. Außerdem sind im neuen Wirtschaftsplan die dringende Sanierung des Verwaltungscampus enthalten. Es handelt sich dabei um Investitionen in Höhe von ca. 30 Mio. Euro, wobei der Eigenanteil, den die Stadt Potsdam leisten muss, bei 10 Mio. Euro liegt. Herr Richter stellt klar, dass es sich bei der Sanierung nicht um Schönheitsreparaturen handelt, sondern um dringliche Instandsetzungen wie z.B. Brandschutz oder auch Energetik. Des Weiteren führt Herr Richter aus, dass im Jahr 2015 36 Mio. Euro für Investitionen jeglicher Art veranschlagt sind. Davon gehen rund 80 % in Investitionen von Schulen.

Die Finanzierung der Investitionen setzt sich wie folgt zusammen:

25% Zuschüsse der LHP
71% Kreditfinanzierung KIS
1% Eigenmittel KIS
2 % Mittel Dritter u.a. Bundes- und Landeszuschüsse

Herr Hermannek fragt, ob weitere Kosten u.a. durch Fördermittel des Landes für Energie gespart werden können.

Herr Richter erwidert, dass alle Fördermittel, die in Anspruch genommen werden können auch genutzt werden.

Herr Boede fragt nach dem Sportstättenmangel in Potsdam.

Laut Herrn Richter werden 10 neue Turnhallenfelder im Potsdamer Norden gebaut. 8 im Rest von Potsdam. Grundsätzlich sieht er den Bedarf gedeckt. Außerdem muss man bedenken, dass alle Investitionen des Genehmigungsverfahrens durch die Kommunalaufsicht bedürfen. Somit können nur pflichtige Aufgaben erfüllt werden.

Herr Exner führt weiter aus, dass alle kreditfinanzierten Investitionen bei der Kommunalaufsicht auf dem Prüfstand sind und somit unabweisbar und unabdingbar sein müssen.

Herr Boede fragt nach der Doppelnutzung der Sportstätten.

Herr Exner erklärt, dass rund 60 Mio. Euro für den Schulsport investiert werden und auch eine Doppelnutzung durch Schule und Vereine vorgesehen ist. Jedoch kommt die Schulnutzung an erster Stelle.

Herr Dr. Meyerhöfer fragt, ob nach Schließung von Schulen diese Gebäude auch anderweitig genutzt werden können und ob diese in der Ausgangsplanung Berücksichtigung findet.

Herr Richter legt dar, dass Turnhallen weiter als Sportstätten genutzt werden können. Da zum jetzigen Zeitpunkt natürlich die Schulgebäude noch nicht für eine konkrete Nachnutzung geplant werden können, werden die Gebäude möglichst flexibel geplant, damit verschiedenste Nachnutzung erfolgen kann.

Antrag wird zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015.

zu 4.1.4 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt
Vorlage: 14/SVV/1044

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
KOUL, SBV, HA, OBR

Herr Heuer erteilt Frau Hartmann (BL 925 – Beteiligungsmanagement) das Wort. Im Zuge der laufenden Haushaltsplanungen der LHP erfolgen Abstimmungen zum Investitionsprogramm 2015 – 2019 im Bereich Straße und ÖPNV. Dabei wurden 5 ÖPNV-Schwerpunktprojekte mit einem Gesamtvolumen von 49,2 Mio. Euro priorisiert.

In einer voraussichtlich wirtschaftlich günstigsten Variante für die ViP, die SWP und der LHP werden neben den jährlich 2,1 Mio. Euro aus dem ÖPNV-Gesetz ein einmaliger Zuschuss aus den Schlüsselzuweisungen der LHP an die ViP in Höhe von 13,6 Mio. Euro gezahlt. Der darüber hinausgehende Finanzierungsbedarf in Höhe von 23,6 Mio. Euro soll mittels Kreditaufnahme durch die ViP bzw. SWP abgedeckt und möglichst über Bürgschaften der Stadt abgesichert werden.

Herr Glaser (Geschäftsführer der ViP) erläutert anhand einer Präsentation die anstehenden Investitionen der ViP.

Aufgrund der stetig wachsenden Fahrgastzahlen wurden folgende Investitionsmaßnahmen auserkoren:

1. Tatra Grundinstandsetzung (4,2 Mio. Euro)
2. Kapazitätserhöhung Niederflur Tram (18 Mio. Euro inklusive Anpassung der Werkstätten und des Betriebshofes)
3. Grundsanierung Heinrich Mann Allee (15 Mio. Euro)
4. Neugestaltung Leipziger Eck (ÖPNV-Teil 4,5 Mio. Euro)
5. Verlängerung bis Campus Jungfernsee (7,5 Mio. Euro)

Zu 1) Man hat sich bewusst für eine Instandsetzung der Trams entschieden, da neue Bahnen nicht kurzfristig, aufgrund von öffentlichen Ausschreibungen, beschafft werden können. (Ausschreibung könnte 4-5 Jahre dauern)

Zu 2) Aufgrund von fehlenden PS-Zahlen der „Variobahnen“ und bereits erfolgreichen Tests in Bern, hat man sich zu der Variante „Combino lang“ entschieden.

Zu 3) Wesentliche Arbeiten der Grundsanierung beinhalten: Gleiserneuerung, Beseitigung der Begegnungsverbote, Barrierefreie Anpassungen der Haltestellen sowie Gleismittenaufweitung.

Zu 4) Im Moment werden Untersuchungen zu einem Verkehrskonzept durchgeführt.

Zu 5) Aufgrund der stetig wachsenden Nachfrage dieser Strecke wird eine Verlängerung angestrebt.

Herr Dr. Hücker fragt nach einer Begründung für die Abkopplung von Babelsberg Nord mit der Fahrplanumstellung.

Herr Glaser erwidert dass die ViP bestrebt ist mit den ihr zur Verfügung gestellten Geldern größtmögliche Effekte zu erzielen. Somit ist das neue Angebot der ViP wirtschaftlich, bedarfs- und angebotsorientiert.

Herr Dr. Meyerhöfer fragt, ob der Bedarf einer Spur stadtauswärts in der Heinrich Mann Alle ausreichend ist. Herr Hinze ergänzt mit der Frage nach einem Gutachten.

Herr Glaser bejaht beide Fragen. Zum einem wurde die von der ViP und der LHP verkehrstechnische Untersuchung in Auftrag gegeben und man gehe davon aus, dass sich der Abendverkehr stadtauswärts besser verteilt und somit selten Staus entstehen.

Antrag wird zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Erweiterung/Anpassung der ÖPNV Infrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt ist ein Verkehrsinfrastrukturpaket mit einem Volumen von 49,2 Mio. € vorgesehen.
2. Die einzelnen Maßnahmen
 - a) Straßenbahnstreckenerweiterung "Nordast" von der Viereckremise zum Campus Jungfernsee,
 - b) Gleissanierung sowie Gleismittenerweiterung Heinrich-Mann-Allee,
 - c) Neugestaltung der Wendeanlage am Hauptbahnhof (Leipziger Dreieck),
 - d) Grundinstandsetzung von 6 Tatra-Zugverbänden (12 Wagen),
 - e) Verlängerung von 8 Combino Straßenbahnen inkl. Anpassung der Werkstätten, werden umgesetzt.
3. Die Finanzierung erfolgt durch:
 - a) ca. 2,1 Mio. €/a, die die Landeshauptstadt Potsdam für Investitionsmaßnahmen aus den ÖPNV-Zuweisungen des Landes Brandenburg erhält;
 - b) einmalig 13,6 Mio. € aus zusätzlichen Schlüsselzuweisungen der LHP, welche zielgerichtet für die Aufwendungen einer wachsenden Stadt eingesetzt werden;
 - c) Aufnahme von Fremdmitteln, welche, sofern sie außerhalb des Kernhaushaltes der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen werden, durch diese zu refinanzieren und möglichst in Form von Kommunalbürgschaften unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Kriterien und vorbehaltlich einer kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung zu besichern sind.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Abstimmung und Finanzierung des ÖPNV-Infrastrukturpaketes sowie zur Sicherung der daraus entstehenden Betriebs- und Folgekosten mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH und der Stadtwerke Potsdam GmbH ergänzende vertragliche Regelungen zu vereinbaren

zu 4.1.5 "Nette Toilette"
Vorlage: 14/SVV/0928
Fraktion DIE LINKE
HA

Herr Kaminski bringt diese Vorlage ein. Das Ziel ist der Öffentlichkeit weitere Toiletten zugänglich zu machen. Er würde jedoch auf eine Verlängerung bis Januar plädieren („Die Vereinbarung wird dem Hauptausschuss in seiner Sitzung im Dezember 2014/Januar 2015 vorgestellt.“)

Herr Hinze führt aus, dass es sinnvoll wäre Werbeflächen an Toiletten anzubringen um eine weitere Einnahmequelle zu erhalten.

Herr Schüler wäre für eine Lösung im TBM (Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH) -Vertrag. Man könne die Problematik öffentliche Toilette im Interimsvertrag mitaufnehmen.

Von einer staatlichen Überregulierung spricht Herr Dr. Meyerhöfer.

Herr Frerichs (Bereichsleiter Wirtschaftsförderung) erörtert, dass andere Städte die „freundliche Toilette“ nutzen, wenn anderweitig Einsparungen getroffen werden können. Die Stadt Potsdam steht dem grundsätzlich nicht entgegen. Jedoch sollte durch AG Innenstadt eine Kundenbefragung vorgenommen werden, die den wirklichen Bedarf widerspiegelt.

Potsdam muss sparen und hat daher kein Geld zur Verfügung um die „nette Toilette“ laut Herrn Wellmann zu unterstützen.

Herr Heuer empfiehlt, diesen Antrag einschließlich der Deckungsquelle in die Haushaltsberatung einzubringen.

Herr Kaminski beantragt eine Vertagung der Vorlage.

Antrag wird zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Gastronomen und Einzelhandelseinrichtungen Gespräche zuzuführen, in denen sie sich bereit erklären, ihre Toiletten für die öffentliche Nutzung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt Potsdam erklärt sich bereit, im Gegenzug anteilig Kosten für die Reinigung zu übernehmen.

Eine entsprechende Vereinbarung ist mit Gastronomen und Einzelhandelsunternehmen durch den Oberbürgermeister vorzubereiten.

Die Vereinbarung wird dem Hauptausschuss in seiner Sitzung im Dezember 2014 vorgestellt.

zu 4.1.6 Atelierprogramm
Vorlage: 14/SVV/1052
Fraktion DIE LINKE
KW, HA

Herr Kaminski bringt diesen Antrag ein. Es handelt sich hierbei um eine Einrichtung eines Förderpools für die Bildende Kunst.

Herr Frerichs erwidert, dass es sich als sehr schwierig erweisen könnte, Bildende Künste zu definieren und dem „Rest“ der Künstler zu erklären, dass diese nicht vom Förderpool profitieren.

Herr Heuer empfiehlt, diesen Antrag einschließlich der Deckungsquelle in die Haushaltsberatung einzubringen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Unterstützung für die Bildende Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam ein Programm der Wirtschaftsförderung aufzulegen, das es Bildenden Künstlerinnen und Künstlern als Teil der Kreativwirtschaft ermöglicht, sich in Potsdam anzusiedeln bzw. in Potsdam zu bleiben.

Dafür ist bei der Wirtschaftsförderung ein Förderpool einzurichten.

Über die konkrete Verfahrensweise ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2015 zu berichten.

zu 5 Sonstiges

Mit der Einbringung des Haushaltsplanes haben die politischen Parteien die Möglichkeiten Änderungsanträge zu stellen.

Herr Heuer appelliert an alle Anwesenden, dass bei Veränderungen des Haushaltplanes unbedingt die **Deckungsquellen** mit angegeben werden müssen. Außerdem wäre es wünschenswert, dass alle Anträge bis Ende Januar eingereicht werden, damit eine strukturierte Aufarbeitung der Daten durch die Verwaltung für die Stadtverordnetenversammlung gewährleistet werden kann.

Herr Boede merkt an, dass in der Vergangenheit die Anträge der Opposition durch die Rathauskooperation abgelehnt wurden und er damit von frühzeitigen Änderungsanträgen seiner Partei absieht.